

In unseren Ausgaben 16/68 und 20/68 wies ich nach, wie die Interessen der westdeutschen Monopole über raffinierte Systeme der Beeinflussung mit Hilfe ihres Staates durchgesetzt werden. Die Forderung der Monopole nach Unterordnung des Hochschulwesens wird immer unverhüllter ausgesprochen. Gerade vor der Bundestagsitzung am 7. Mai, auf der Wissenschaftsminister Stoltenberg, ehemaliger Direktor des Krupp, eine ernannte Hochschuldebatte eröffnete, ließen zahlreiche Monopolzeitungen und Stoltenberg selbst die

Katze aus dem Sack

„Christ und Welt“, 26. 4. 1968:
Die Führer der demonstrierenden Studenten sehen in der Hochschulreform den Hebel zu einer sozialen Revolution... Von solch utopischer Gestalt der Hochschulreform muß man jene unterscheiden, die auf die tatsächliche Veränderung der Universität zielt, ohne damit direkt weitgehende Absichten gegenüber Staat und Gesellschaft zu verbinden. Hierbei sind diejenigen engagiert, die in der Universität wie als staatliche und gesellschaftliche Kräfte die Leistungen unserer akademischen Institutionen ungenügend finden. Ihre Prämisse lautet deshalb: Aufwand und Ertrag an der deutschen Universität decken sich nicht mehr. Diese Deckung wiederherzustellen ist hier der Sinn der Reform.

„Frankfurter Rundschau“, 27. 4. 1968:
Junge Akademiker sollten sich vom Studium der „Modedächer“ abwenden und statt dessen Mathematik und Naturwissenschaften studieren. Die Universitäten sollten bei Ausbau und Neubau ihrer Lehrstätten die Studienplätze für diese beiden Disziplinen erheblich erhöhen... Diese Konzeption entwickelte Bundesforschungsminister Stoltenberg am Freitag in Bonn vor Journalisten... In der Bundesrepublik macht sich in dieser Hinsicht nicht nur die Bundesregierung Sorgen, sondern auch die gesamte Wirtschaft.

„Hendelsblott Düsseldorf“, 29. 4. 1968:
... hat der Bundesforschungsminister jetzt Initiativen und Ansprüche des Bundes angekündigt, die die Deutung zulassen, es solle für den Bund die Rolle des Kontrollorgans oder doch die des Präzeptors der Kulturpolitik beansprucht werden... Das Mittel, den Kompetenzanspruch nicht nur in der Sozialplanung, sondern in der gesamten Hochschulplanung durchzusetzen, sieht der Bundesminister offenbar in den Zuschüssen, die der Bund... gibt. Moniert wurde vom Bundesminister auch die Art, wie die Länder ihrer Hochschulneugründungen durchgeführt haben. In diesem Falle haben es die Gründungsausschüsse für nötig gehalten, ihre Empfehlungen dem staatlichen (UZ) Wissenschaftsrat zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Das soll nun anders werden.

„Die Welt am Sonntag“, 5. 5. 1968:
Zwei Tage vor der mit Spannung erwarteten Debatte des Deutschen Bundestages über die Hochschul- und Studienreform hat der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU), energische, nötfalls auch „populäre Maßnahmen“ zur Reform des Hochschulwesens angekündigt.

„Die Welt“, 7. 5. 1968:
Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die Hochschulen scharfer Kritik ausgesetzt werden. Nach übereinstimmender Ansicht der Bundestagfraktionen lassen sich die Hochschulen mit den notwendigen Reformen zu spät Zeit. Deshalb ist damit zu rechnen, daß mindestens der eine oder andere Redner... die Autonomie der Hochschulen in Frage stellen und dafür plädieren wird, diese Autonomie in Forschung und Lehre einzuschränken.



Vier Erkenntnisse aus dem Marsch der achtzigtausend

1

Seit Monaten hat sich die Bonner Regierung zunehmender Proteste, Demonstrationen und Aktionen zu erwehren.

Studenten liefen Sturm gegen die hierarchischen Zustände an den Universitäten; gegen Hochschulgesetze, die die Forschung den Monopolen und ihrem Staat ausliefern; gegen die materielle Vernachlässigung des Hochschulwesens, die zur Verkümmern der einen, zur erzwungenen Abhängigkeit anderer Wissenschaftszweige von den Monopolen führt.

Die Gewerkschaften erhoben ihre Stimme gegen die Zerschlagungen an der Ruhr, die die Schlabarane reichlich machte und die Kumpel auf die Straße warf; gegen die Willkür der Unternehmer, die Jugendvertreter, Betriebsräte, Demonstrationsteilnehmer unter ferdenscheinigsten Vorwänden entließen die die Hunderttausende von Arbeitslosen als Mittel zur Unterwerfung der übrigen Arbeiter lehrpriesen, die mit zunehmender Unverschämtheit soziale Erregenschaften der Arbeiter zu liquidieren suchten.

Schüler in Bremen, Köln und anderswo begehren auf gegen Fahrpreiserhöhungen und andere Angriffe auf ihre Lebenslage; gegen braune Lehrer und reaktionäre Bildungsinhalte, Bauern gingen auf die Straße aus Protest wider die antinationale Agrarpolitik der Monopolregierung. Professoren, Schriftsteller, Künstler, Angehörige aller Bevölkerungsschichten forderten den Abtritt Lübkes und anderer Nazigrößen, traten gegen die Unterstützung Bonns für die US-Aggression in Vietnam und die faschistische Junta in Athen auf...

Seit Wochen nun setzt sich diese Erkenntnis durch: All diese protestwürdigen Zustände und Handlungen der Bonner Regierung sind Teil ein und derselben Politik — einer imperialistischen Politik, deren Kernstück im Innern, die Notstandsverfassung, eine Diktatur nach faschistischem Vorbild zur Sicherung der aggressiven, reaktionären Ziele des westdeutschen Imperialismus vorbereiten soll.

2

Der Marsch der achtzigtausend auf das Hauptquartier dieser Verschwörung ist eine Manifestation der zweiten Erkenntnis: Dieser komplexen Politik, deren Auswirkungen gleichermaßen alle Teile der Bevölkerung treffen, ist nur im gemeinsamen Handeln beizukommen. Und so vereinten sich am Sonntag Opelarbeiter, Schüler aus Frankfurt, Mainzer Bauern und Winzer, Betriebsräte, Lehrer, ehemalige Häftlinge des KZ Dachau, Teilnehmer der Jugendkonferenz der IG Metall, Professoren, Schriftsteller, Schauspieler, Pfläner, Studenten aus allen Teilen der Bundesrepublik.

Kein buntes Gemenge, sondern eine echte Gemeinsamkeit mit einem gemeinsamen Kampflini: „Gegen Notstandsdictatur, für Freiheit und Sozialismus“. „Nicht Grundgesetz ändern, sondern Politik ändern“. „Gegen Notstand und NPD — für Freiheit der KPD“. „Hände weg vom Grundgesetz“. „Notstandsgesetze — Ausverkauf der Arbeiterrechte“. „Keine Notstandsgesetze, sondern soziale Sicherheit für Winzer und Bauern“. „Mitbestimmung statt Notstandsgesetze“.

3

Unter dem stürmischen Beifall der 15 000 Teilnehmer einer Antinotstandskundgebung des DGB am gleichen Tage erinnerte der Vorsitzende der Gewerkschaft OTV, Heinz Klueder, an das bewährte Kampfmittel der Arbeiterklasse, den politischen Generalstreik: „Beim Versuch des Staatsstreiches kann nur der kollektive Widerstand der verfassungstreuen Kräfte helfen — insbesondere ein Generalstreik zugunsten der Verfassung.“

Es ist sicher eine der wertvollsten Erkenntnisse der letzten Wochen bis einschließlich vergangener Sonntagabend, wenn nach und nach begriffen wird, daß Verlesungsstreiks

und Demonstrationen der Studenten, Professorenappell und schwarze Fahnen über Bauernkundgebungen wohl legitime Mittel zur Organisation der Kräfte, zum Aufmerksamwerden der Öffentlichkeit sind, aber letztlich allein die Welt nicht zu verändern vermögen.

Ein folgerichtiger Weg führt von den Antinotstandsprotesten, der Forderung nach Verbot der Nazi-Partei über das Mitführen von roten Fahnen, Bildern Marx', Liebknechts, Rosa Luxemburgs, das Aufbegehren für die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei und das Verlangen nach Lehntühlen für Marxismus bis zur Diskussion des politischen Generalstreiks der Arbeiterklasse als des letzten Endes einzigen Mittels zur Verhinderung von Diktatur, Terror, Aggression.

Dieser Weg ist der Weg zum Bewußtsein der führenden Rolle der Arbeiterklasse, zum Bewußtsein ihrer keiner anderen Klasse oder Schicht der Bevölkerung eignenden Macht, die sie ihre Stellung im Produktionsprozeß im Verein mit der Wissenschaft des Marxismus und der Führung durch eine revolutionäre Partei dankt. Am Anfang dieses Weges begegneten sich am Sonntagabend in Bonn Studenten, Bauern, Künstler und nicht zuletzt auch viele Arbeiter. Vielleicht deshalb ließ Notstands-Bando seine 30 000 Knüppelgardisten diesmal an der Leine.

4

Vor der französischen Botschaft in Bad Godesberg protestierten nahezu zur gleichen Stunde westdeutsche Studenten wider den Terror der französischen Polizei gegen ihre Kommilitanen von der bis Montag geschlossenen Sorbonne. Vor vier Wochen zogen in allen NATO-Ländern Studenten zu den westdeutschen diplomatischen Missionen und solidarisierten sich mit dem Kampf ihrer westdeutschen und westdeutschen Freunde. Am Sonntagabend verhinderte nur ein Einsatzverbot Bonns die Teilnahme von 100 holländischen Studenten am Sternmarsch auf Bonn.

Es wohnt die Einsicht: Der Kampf gegen den Imperialismus ist ein internationaler Kampf; es wächst das Vermögen, hinter den vielen verschiedenen Antlätzen der Studentendemonstrationen in Frankreich, Spanien, den USA, Italien, Belgien, Westdeutschland die Gemeinsamkeit ant imperialistischer Aktion zu sehen und sich der Kampfformen der Kampfgenossen zu bedienen. Gerade das französische Beispiel, die rückhaltlose Unterstützung der in Frankreich mächtigen legalen Kommunistischen Partei für die Studenten, der gewaltige politische Generalstreik in der „fünften Republik“, kann die westdeutschen Demokraten zu wertvollen Gedanken über die Notwendigkeit einer legalen KPD, über die Kraft einer gut organisierten, gut geführten Arbeiterklasse anregen.

Stoltenberg markiert die nächsten Ziele

Die Kiesinger/Strauß-Regierung beschließt ihren Marsch in die Notstandsdictatur. Sie zieht blank auf der ganzen Linie, nach innen und außen. CDU-Wissenschaftsminister Stoltenberg beschimpfte westdeutsche Professoren auf das übelste, die gegen die Notstandsgesetze auftraten. Sie hatten sich in einem Aufruf gegen die Bonner Diktaturgesetze gewandt. In ihrem Appell heißt es: „Erheben wir gemeinsam unsere Stimme gegen die Pläne einer Regierung, die unter Täuschung der Öffentlichkeit sich diktatorische Gewalt erschleichen will; die bereit ist, die Bundeswehr gegen das eigene Volk einzusetzen; die bereits heute den Notstand mit Waffengewalt übt.“

Das verunglimpft Stoltenberg „als eines der unqualifiziertesten Dokumente deutscher Wissenschaftler seit den Zeiten des Nationalsozialismus und der alldeutschen Professoren“. Und dann nannte der Minister Namen, die Professoren Rüdiger, Abendroth, Flechtner, Hoffmann und Maus.

Die Methode ist nicht neu. Springers Bild hatte sie bereits am 28. November 1967 korroboriert. Auf Seite 1 hatte sie ein Foto Rudi Abendroths mit einem dicken Kreuz versehen. So wurde das nächste Ziel des Terrors markiert. Vor dem Bundestag erfuhr das Vorgehen Springers seine beklemmende Fortsetzung. Zum Abschluß freigegeben!

Zur gleichen Zeit bestätigte der Staatssekretär im Bonner Kriegsministerium, Hase, vor dem Bundestag, daß kriegsmäßig ausgerüstete Einheiten der Bundeswehr in Bereitschaft stehen, um gegen „Übergrieße“ vorzugehen. Diese Truppen sind mit Schnellfeuergewehren und Tränengas ausgestattet. Nach Angaben von Hase seien diese Einheiten von Bonn aufgestellt worden und dienen dem „Sicherheitschutz“ im Rahmen „verstärkter Sicherheitsmaßnahmen“.

Die Parlamentsdebatte verdeutlichte zugleich, in welchem Umfang bereits die Bundeswehr für den unmittelbaren Einsatz gegen die Notstandsgegner und alle oppositionellen Kräfte vorbereitet wird. So hatte der Kommandeur der Düsseldorfer „Helmschutztruppe“, Oberstleutnant Zimmer-Vorhaus, eine Übung unter dem Befehlsthema abgehalten: „Saalschlachten, Krawalle und Straßenkämpfe der außerparlamentarischen Opposition.“ (ND)



Achtzigtausend zogen am Sonntagabend über die Rheinbrücken nach Bonn hinein. „Treibt Bonn den Notstand aus!“ war ihre Hauptplakate (Bild oben links). — „Nein zu den Notstandsgesetzen!“ am gleichen Tage auch die 15 000 Teilnehmer der DGB-Kundgebung in Düsseldorf im Namen der westdeutschen Arbeiterklasse (oben rechts). — Eine Warnung vor dem Weg der neonazistischen Bonner Regierung war die Teilnahme ehemaliger KZ-Häftlinge in Häftlingskleidung; aus ihrer jahrzehntelangen Erfahrung im Kampf gegen den deutschen Imperialismus wussten sie den richtigen Weg: antifaschistische Einheitlichkeit aller demokratischen Kräfte (unten links). — Junge Arbeiter, Schüler, Studenten demonstrierten unter roten Fahnen, daß sie bereit sind, diesen einzigen Weg der Demokratie zu beschreiten (unten rechts).

Fotos: ZD